

SILVANO MÖCKLI

Die demographische Herausforderung

222/1994

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung	1
2 Die Bevölkerungsprognosen des Bundesamtes für Statistik	2
2.1 Hauptaussagen	2
2.2 Das Szenario "Stabilisierung"	6
3 Prognosen über die Sozialversicherungsausgaben	7
4 Prognosen über die Altersstruktur des Elektorats	10
5 Weltweite demographische Entwicklung	12
6 Aussagekraft von Prognosen	13
7 Fragen nach den Konsequenzen	13
8 Mögliche Massnahmen	15
8.1 Sozialversicherungspolitik	15
8.2 Minderheitenschutz für Jüngere?	21
8.3 Bewusstseinsbildung	22
9 Ausblick	23
LITERATURVERZEICHNIS	24

1 Einleitung

In der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts werden die hochentwickelten Industrie- und Dienstleistungsstaaten mit demographischen Problemen konfrontiert werden, die in der Menschheitsgeschichte einmalig sind: die Stagnation der Bevölkerung bei gleichzeitiger Ueberalterung. Dies wird vor allem für die Sozialversicherungssysteme einschneidende Konsequenzen haben. Die Zahl der Beitragszahler schrumpft, während die Zahl der Leistungsempfänger markant steigt. Es drohen Verteilungskämpfe zwischen den Generationen, wofür die Amerikaner bereits einen Begriff geprägt haben: "Age wars".¹

Dieser Aufsatz möchte in bezug auf die Schweiz folgenden Fragen nachgehen: Wie sieht die voraussichtliche demographische Entwicklung in den kommenden 50 Jahren aus? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Sozialversicherungen sowie den Ausgang von Abstimmungen und Wahlen? Welche Massnahmen wären denkbar, um unerwünschte Entwicklungen zu korrigieren?

Aus den Fragestellungen ergibt sich die folgende Gliederung: Ich werde zunächst die Hauptergebnisse der Bevölkerungsprognosen aus dem Jahre 1992 des Bundesamtes für Statistik präsentieren. Danach beschreibe und interpretiere ich Prognosen der Entwicklung der Sozialversicherungsausgaben in der Schweiz, welche die Basler Ökonomen Martin Wechsler und Marcel Savioz erstellt haben. Am Rande werfe ich einen Blick auf die weltweite Bevölkerungsentwicklung. Ausgehend von diesen Daten gehe ich dann verschiedenen Fragen in bezug auf mögliche Konsequenzen in den Politikbereichen Sozialversicherungen sowie Abstimmungen und Wahlen nach. In einem nächsten Schritt überlege ich, welche Massnahmen denkbar sind, um die unerwünschten Folgen der demographischen Entwicklung in den beiden behandelten Politikbereichen zu korrigieren. Am Schluss ziehe ich Bilanz.

Die These, die meiner Arbeit zugrunde liegt, lautet wie folgt: Infolge der Bevölkerungsentwicklung in den kommenden 50 Jahren werden Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in der Schweiz mit völlig neuen, in der Menschheitsgeschichte bislang einzigartigen Problemen konfrontiert werden. Ich bin der Meinung, dass die Herausforderung, die wegen der demographischen Entwicklung auf uns zukommen

¹ Der Spiegel 31/1989, 45.

wird, nicht verdrängt, sondern angenommen werden sollte. Panikmache ist freilich fehl am Platz. Es sollte aber vorausschauend gehandelt werden, bevor mögliche Konflikte in voller Schärfe eintreten. Sicher falsch wäre, die Hände in den Schoss zu legen und erst einmal abzuwarten.

2 Die Bevölkerungsprognosen des Bundesamtes für Statistik

2.1 Hauptaussagen

1992 veröffentlichte das Bundesamt für Statistik Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz bis ins Jahr 2040.² Eine Hauptaussage der Prognosen ist, dass die Schweizer Bevölkerung - wenn der Ausländeranteil konstant bleibt - spätestens im Jahr 2020 stagniert und anschliessend schrumpft. Diese Schrumpfung geht einher mit einer zunehmenden Ueberalterung der Bevölkerung. Nach dem Jahr 2010 wird mehr als die Hälfte aller Stimm- und Wahlberechtigten in der Schweiz über 50 Jahre alt sein. Die Erwerbsbevölkerung wird nach dem Szenario "Stabilisierung" von 3,4 Millionen heute auf 3 Millionen im Jahre 2040 zurückgehen. Bereits in 10 bis 15 Jahren werden altersbedingt mehr Personen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als eintreten. Immer weniger Erwerbstätige werden für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. 1948, im Jahr der Einführung der AHV, kamen 9,5 Erwerbstätige auf einen Rentner. Heute sind es gut drei Erwerbstätige, die auf einen Rentner kommen, um im Jahre 2040 wird das Verhältnis voraussichtlich zwei zu eins betragen (Abb. 1). Der Anteil der Personen im Rentenalter wird voraussichtlich von einer Million (14,6 Prozent der Wohnbevölkerung) im Jahre 1993 auf 1,7 Millionen (24,8 Prozent) im Jahre 2040 steigen. Das würde bedeuten, dass eine um 400'000 geschrumpfte Zahl von Erwerbstätigen für 700'000 mehr Rentner aufkommen müsste.

² Werner Haug (Bundesamt für Statistik), Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1991 - 2040, Bern 1992.

Abb. 1: Verhältnis Erwerbstätige - Rentner

Jahr	Verhältnis Erwerbstätige/Rentner
1948	9,5 : 1
1960	4,4 : 1
1994	3 : 1
2040	2 : 1

Eine Prognose muss zwangsläufig von bestimmten Annahmen ausgehen. Es sind dies bei der mutmasslichen demographischen Entwicklung Annahmen über

- die Geburtenhäufigkeit
- die Lebenserwartung
- die Zu- und Abwanderung.

Das Bundesamt für Statistik hat deshalb sechs verschiedene Szenarien mit je unterschiedlichen Annahmen erstellt. Szenario meint ja eine Abfolge von Ereignissen unter bestimmten Annahmen. Es wurden Annahmen über die Geburtenhäufigkeit, die Lebenserwartung und die Migration getroffen und dann berechnet, wie sich die Bevölkerung entwickeln würde, falls sich die Annahmen als richtig erwiesen. Ich kann nicht auf alle sechs Szenarien im Detail eingehen.³ Ich beschränke mich auf das Szenario "Stabilisierung" (gemeint ist die Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung). Im Fall einer EU-Mitgliedschaft der Schweiz wäre natürlich die Zuwanderung sehr viel schwieriger abzuschätzen.⁴

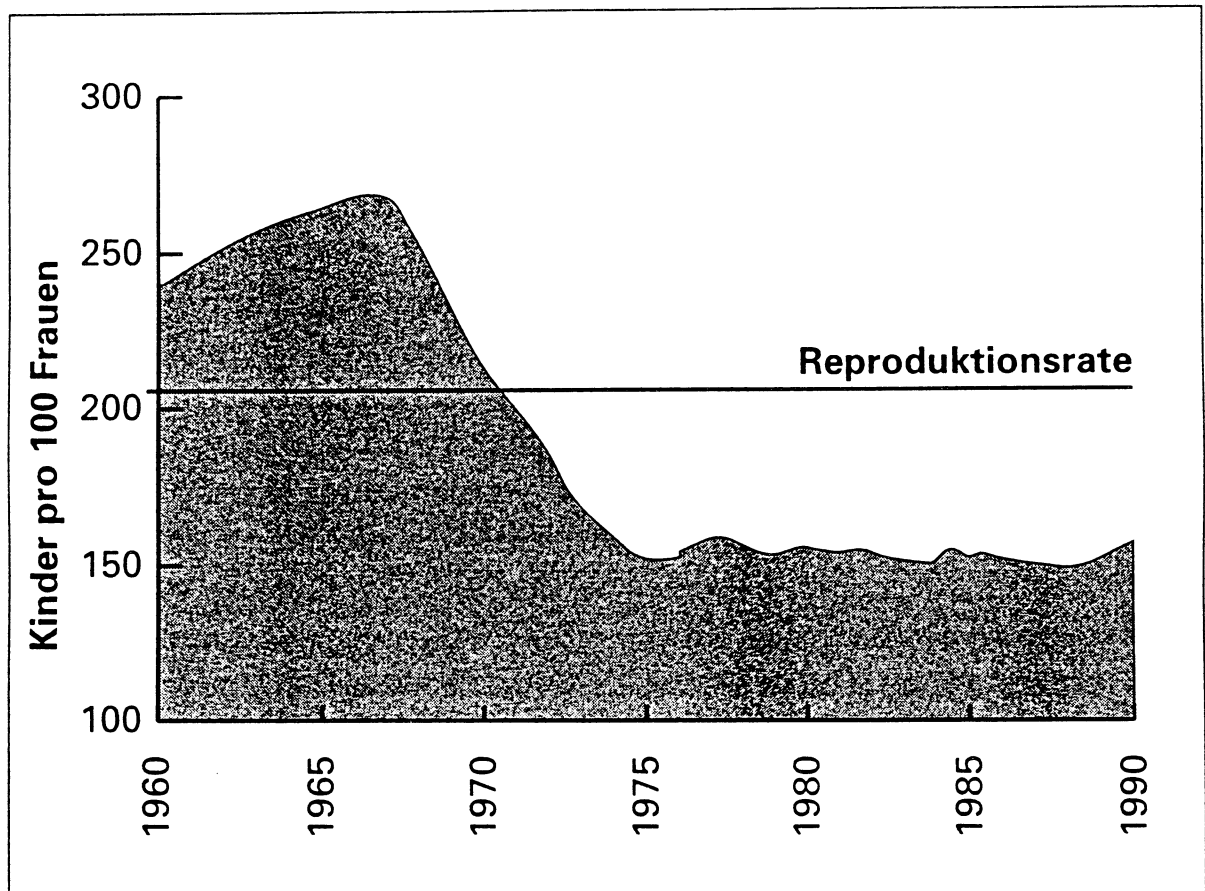
Die Szenarien "Stabilisierung" und "Abgrenzung", welche nicht von einer verstärkten Zuwanderung ausgehen, ergeben eine rückläufige Schweizer Bevölkerung bis ins Jahr 2040. Der Hauptgrund dafür liegt in der Geburtenhäufigkeit. Um die Bevölkerung konstant zu halten, müssten 100 Schweizerinnen im Durchschnitt 210 Kinder gebären. Noch Ende des vergangenen Jahrhunderts kamen auf jede Frau vier Kinder. Vom Zweiten Weltkrieg bis Mitte der 60er Jahre betrug die "Re-

³ Ein knapper Ueberblick findet sich im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1993, S. 53 ff.

⁴ Dies wird beim Szenario "Integration" berücksichtigt. Danach würden die Einwohnerzahl bis ins Jahr 2010 auf 7,6 Millionen und der Ausländeranteil auf 21,9 Prozent ansteigen.

produktionsrate" 250 Kinder pro 100 Frauen. Danach sank sie bis 1975 rapide und verharrte auf dem tiefen Niveau von etwa 150.

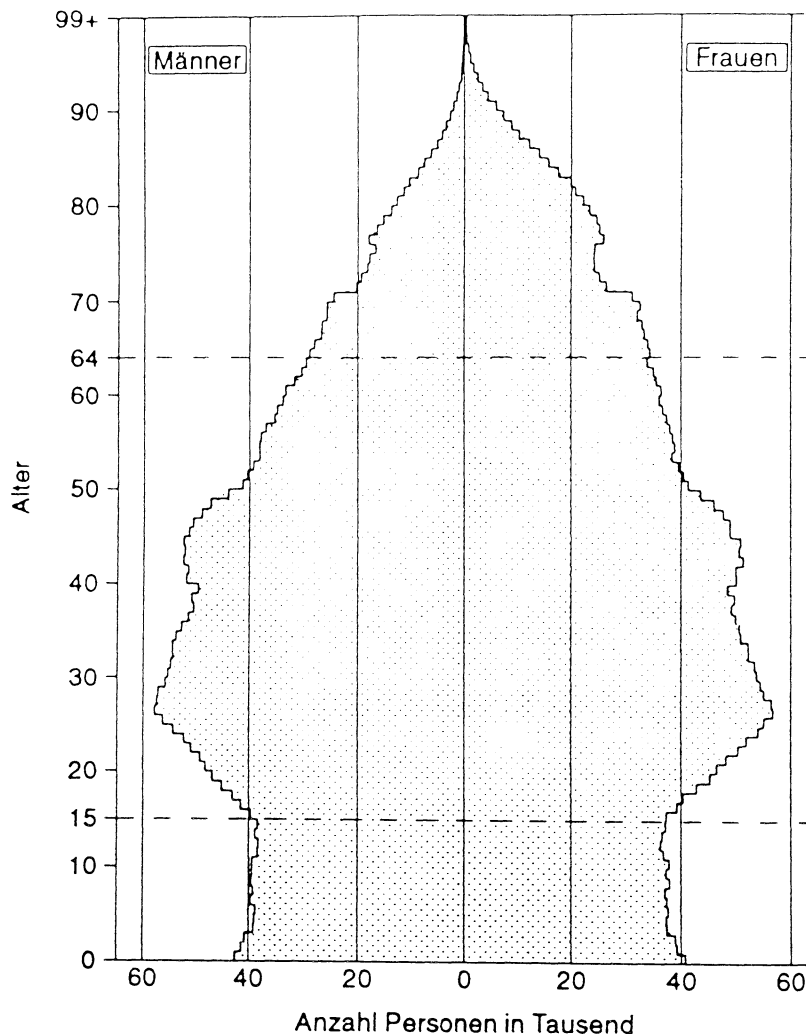
Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Kinder pro 100 Frauen 1960 bis 1990



Quelle: Füglistaler (1994, 3)

Die seit 1975 tiefe Fertilitätsrate hat sich natürlich im Altersaufbau der Bevölkerung niedergeschlagen.

Abb. 3: Altersaufbau der Wohnbevölkerung in der Schweiz 1990



Quelle: Haug (1992, 38)

Was die äussere Form der graphischen Darstellung der Altersstruktur angeht, so sprach man früher von einer "Alterspyramide". Heute ist in bezug auf die Industrie- und Dienstleistungsstaaten eher von "Tanne", "Pinie" oder gar "Pilz" die Rede.

Ein Blick auf Abb. 3 zeigt, dass die Renten, sofern annähernd Vollbeschäftigung herrscht, in den kommenden 15 Jahren kaum gefährdet sein werden - solange die geburtenstarken Jahrgänge der 40er, 50er und 60er Jahre (die sog. Babyboomgeneration) Sozialversicherungsbeiträge leisten.

Die geburtenschwachen Jahrgänge der 70er und 80er Jahre werden in 20 bis 30 Jahren die Sozialversicherungsleistungen für die viel stärkeren Jahrgänge der 50er und 60er Jahre mitfinanzieren müssen. Und natürlich werden die geburtenschwachen Jahrgänge dereinst weniger Kinder haben. Die Zahl der Personen im Alter zwischen 20 und 39 Jahren betrug 1992 2,172 Millionen. Die Gruppe der "nachrückenden" 0 bis 19jährigen umfasste 1992 aber nur 1,606 Millionen, und unter der Annahme konstanter Fruchtbarkeit wird die Zahl der Geburten in 20 Jahren um 25 Prozent abnehmen.⁵

Bekanntlich ist die Bevölkerung in der Schweiz in den 80er Jahren von 6,3 auf 6,8 Millionen gewachsen, und bald wird die Schweiz 7 Millionen Einwohner zählen; knapp 1,3 Millionen davon sind Ausländer. Dieses Wachstum ist zur Hauptsache auf den Einwanderungsüberschuss von 357'000 Personen zurückzuführen, beruht aber auch darauf, dass immer noch eine relativ grosse Anzahl von Personen im heirats- und zeugungsfähigen Alter⁶ ist und dass die weiterhin ansteigende Lebenserwartung die Zahl der Sterbefälle konstant hält.⁷ In einer Mitteilung schrieb das Bundesamt für Statistik am 21. Februar 1994: "Das Bevölkerungswachstum erfolgt heute vorwiegend in den hohen Altersklassen." Die Menschen leben erfreulicherweise länger, und noch kompensiert das z.T. die tiefen Geburtenraten.

2.2 Das Szenario "Stabilisierung"

Ich möchte das Szenario "Stabilisierung" noch näher erläutern. Es geht von folgenden Annahmen aus:

- Die Fruchtbarkeit bleibt tief bei 1,56 Kindern pro Schweizerin.
- Die Lebenserwartung steigt bis in Jahr 2010 noch leicht an - bei den Männern von 74 auf 78 Jahre und bei den Frauen von 80 auf 85 - und bleibt dann konstant.
- Die Einwanderung wird bis in Jahr 2010 stabilisiert; danach wird die rückläufige Erwerbsbevölkerung zu 30 Prozent durch Ausländer ersetzen.

⁵ Statistisches Jahrbuch 1994, S. 24.

⁶ Die hier ansässigen Ausländerinnen weisen eine höhere Geburtenrate auf als Schweizerinnen.

⁷ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1994, S. 24.

Daraus ergibt sich folgende Prognose:

Abb. 4: Das Bevölkerungsszenario Stabilisierung (3C-91)

	1990	2000	2010	2020	2040
Wohnbevölkerung in 1000	6751	7045	7093	7102	6880
Ueber 64jährige in Mio	0.98	1.11	1.28	1.49	1.71
Ueber 64jährige in %	14.6	15.7	18.1	21.0	24.8
Erwerbsbevölkerung in 1000	3393	3475	3431	3291	3020
Alterslastquotient ⁸	23.5	25.7	30.2	36.0	45.2

Quelle: Haug (1992, 51)

Gemäss diesem Szenario wird sich die Wohnbevölkerung im Jahr 2000 bei 7 Millionen stabilisieren und bis in Jahr 2040 auf 6,88 Millionen zurückgehen. Die Zahl der über 64jährigen steigt von heute einer Million auf 1,7 Millionen im Jahre 2040. Die Zahl der Erwerbstätigen geht um fast 372'000 zurück, und der Ausländeranteil steigt nicht über 18 Prozent.⁹

3 Prognosen über die Sozialversicherungsausgaben

Eine der drängendsten Fragen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung ist sicher jene nach den Zukunftsperspektiven der Sozialversicherungen. Ist die Finanzierung der Sozialwerke im kommenden Jahrtausend noch gesichert? Ein Sozialversicherungssystem ist ja immer ein Transfersystem.¹⁰ Beitragspflichtige leisten Abgaben, damit werden Geld- und andere Leistungen an Empfangsberechtigte ausgerichtet. In Zukunft wird es weniger Beitragspflichtige und mehr Leistungsberechtigte geben.

⁸ Ueber 64jährige im Verhältnis zu den 20 - 64jährigen.

⁹ Dieser Anteil ist 1993 bereits erreicht.

¹⁰ Wechsler/Savioz (1993, 18).

AHV und IV basieren auf dem sog. Umlageverfahren. Was heute von den Erwerbstätigen, den Arbeitgebern und den Staat einbezahlt wird - 1992 waren das 28 Milliarden Franken -, wird an die heutigen Rentnerinnen und Rentner ausbezahlt. Die Zahl der Rentenbezüger beträgt heute schon 1,3 Millionen. Die berufliche Vorsorge, die 1990 ein Beitragsvolumen von 22 Milliarden Franken aufwies, beruht zwar auf dem Kapitaldeckungsverfahren. Ökonomisch gesehen ist aber jedes Finanzierungsverfahren ein auf Gütern beruhendes Umlageverfahren von den Erwerbstätigen zu den Rentnern. "Aller Sozialaufwand muss letztlich immer aus der laufenden Periode gedeckt werden."¹¹ Es reicht also nicht aus, einfach Geld zu sparen. Man muss auch etwas damit erwerben können, nämlich Güter und Dienstleistungen. Wird es im nächsten Jahrhundert genügend Erwerbstätige und Betreuungspersonen geben, um den wachsenden Umfang der Dienstleistungen im Gesundheitswesen und im Pflegebereich zu bewältigen?

Die durchschnittlich ältere Gesellschaft der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird einen grösseren Teil der gesamten Wirtschaftsleistung für die Sozialversicherungen und insbesondere für das Gesundheitswesen verwenden müssen. Lässt sich der Umfang dieser Aufwendungen quantifizieren? In einer verdienstvollen Studie haben die Basler Ökonomen Martin Wechsler und Marcel Savioz Prognosen und Szenarien über die finanziellen Perspektiven der Sozialversicherung in der Schweiz bis ins Jahr 2040 erstellt.¹² Die Hauptergebnisse der Basisvariante lauten, dass die Gesamtausgaben für die Sozialversicherungen von 27,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 1989 (Basisjahr) auf 32,8 Prozent im Jahre 2040 steigen werden. Dies entspricht einer relativen Zunahme um 28 Prozent. In absoluten Zahlen ist es ein Sprung von 75 auf 240 Milliarden Franken. Im Jahr 2025 machen ein Prozent des BIP etwa sechs Milliarden Franken aus. Allein die Kosten der Krankenversicherung klettern bis ins Jahr 2040 von heute 8 auf 12 Prozent des BIP. Ich möchte im folgenden noch etwas näher auf diese interessante Studie eingehen.

Bei einer Prognose über die finanziellen Perspektiven der Sozialversicherung müssen über die erwähnten demographischen Annahmen hinaus weitere getroffen

¹¹ Wechsler/Savioz (1993, 137).

¹² Wechsler/Savioz (1993). Die Hauptergebnisse dieser Studie sind in kompakter Form in einer Broschüre der Schweizerischen Bankgesellschaft (1993) wiedergegeben.

werden¹³, nämlich Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung und Annahmen über die Ausgestaltung der Sozialwerke. Wechsler und Savioz gingen für die Hauptvariante von Bevölkerungsszenario "Kontinuität" aus und trafen folgende wirtschaftliche und institutionelle Annahmen:

- Die Arbeitsproduktivität steigt um 1,6 Prozent pro Jahr. Der Reallohn wächst mit der gleichen Rate.
- Die Arbeitslosenquote beträgt langfristig 3 Prozent.
- Die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten bleiben konstant.
- Das Rentenalter bleibt wie bisher bei 65/62 Jahren.
- Die Leistungen der AHV werden jährlich um 1 Prozent erhöht.
- Es findet eine medizinisch-technische Mengenausweitung von 1,6 bis 2 Prozent pro Jahr statt.

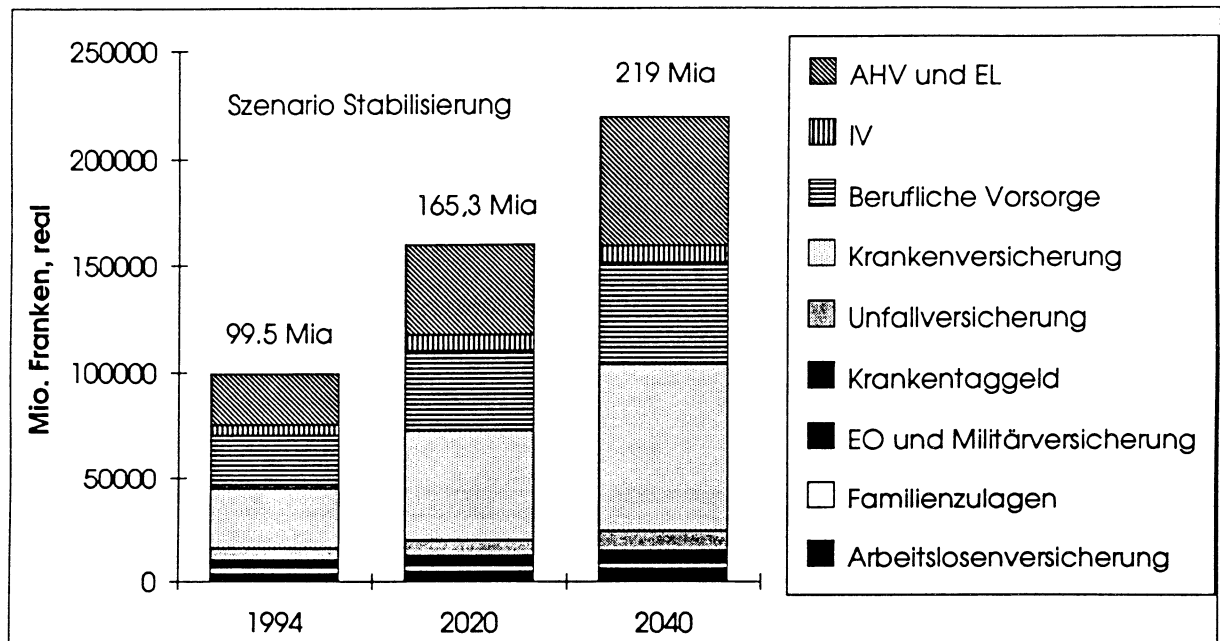
Als Folge der demographischen Entwicklung werden sich vor allem bei der AHV/IV und bei der Krankenversicherung Probleme ergeben, während die Entwicklung bei den übrigen Versicherungszweigen "normal" verläuft. Der Anteil, welcher die AHV/IV - eingeschlossen die Ergänzungsleistungen - am Bruttoinlandprodukt beanspruchen werden, steigt von 8,25 Prozent (29 Milliarden Franken) im Jahre 1994 kontinuierlich an auf 10,31 Prozent (67 Milliarden) im Jahr 2032 und sinkt dann wieder leicht. Der Anteil der Krankenversicherung, 1994 8,34 Prozent des BIP, wird auf 11,78 Prozent im Jahre 2040 klettern. Der Anteil der Ausgaben aller Sozialversicherungszweige, welche die über 62/65jährigen beanspruchen werden, steigt von 10 Prozent des BIP 1994 auf 15 Prozent im Jahre 2040.¹⁴ Für die über 80jährigen verdoppeln sich im gleichen Zeitraum die Sozialausgaben nahezu (von 2,9 auf 5,3 Prozent).

Legt man das Bevölkerungsszenario "Stabilisierung" zugrunde (Abb. 5) - das, wie erwähnt, von einer Stabilisierung der ausländischen Wohnbevölkerung ausgeht - dann beträgt der Anteil der AHV/IV am BIP im Jahre 2040 10,7 Prozent und jener der Krankenversicherung 12,4 Prozent. Der Anteil für alle Sozialversicherungszweige beträgt 34,3 Prozent oder 219 Milliarden Franken.

¹³ Nicht im Modell berücksichtigt sind die Rückwirkungen der Ausgabenentwicklung bei den Sozialversicherungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

¹⁴ Wechsler/Savioz (1993, 105).

Abb. 5: Sozialausgaben in der Schweiz 1994, 2020 und 2040



Daten aus: Wechsler/Savioz (1993)

Alle vier Szenarien gehen davon aus, dass die Arbeitsproduktivität um jährlich 1,6 Prozent wächst. Das bedeutet beim Szenario "Kontinuität", dass das BIP von 352 Milliarden Franken im Jahre 1994 auf 733 Milliarden im Jahre 2040 steigt. "Damit alleine die demographisch bedingten Ausgabenzunahmen getragen werden können, ist ein beträchtliches Wirtschaftswachstum erforderlich."¹⁵ Bei einem wirtschaftlichen Nullwachstum würden die Sozialausgaben im Jahre 2040 fast 36 Prozent des BIP betragen.

¹⁵ Wechsler/Savioz (1993, 104).

4 Prognosen über die Altersstruktur des Elektorats

Veränderungen in der demographischen Struktur bedeuten auch Veränderungen in der altersmässigen Zusammensetzung des Elektorats. In bezug auf die anteilmässige Stimmkraft der Generationen wird die demographische Entwicklung noch deutlicher spürbar werden als bei der gesamten Wohnbevölkerung, weil die unter 18jährigen und die Ausländerinnen und Ausländer nicht stimmberechtigt sind. Es wächst also das politische Gewicht der Rentnerinnen und Rentner bei Abstimmungen und Wahlen.¹⁶

¹⁶ "Wahlen werden künftig von Senioren entschieden", heisst es im Vorspann der "Spiegel"-Titelgeschichte 31/1989.

*Abb.: 6 Altersstruktur des Elektorats in der Schweiz (in Tausend)
(Szenario Stabilisierung)*

Gruppe	1990	1990 in %	2000	2000 in %	2020	2020 in %	2040	2040 in %
18-29	1009.5	22.55	807.7	17.46	832.8	16.72	766.3	15.61
30-39	818.2	18.28	881.8	19.07	719.8	14.45	668.1	13.61
40-49	800.3	17.88	827.3	17.89	734.9	14.75	758.7	15.46
50-59	620.6	13.86	782.3	16.91	892.9	17.92	750.7	15.29
60-69	573.3	12.81	575.8	12.45	781.1	15.68	706.6	14.40
70+	654.8	14.63	750.1	16.22	1020.4	20.48	1257.8	25.63
Total	4476.7	100.00	4625	100.00	4981.9	100.00	4908.2	100.00
Unter 50		58.70		54.42		45.92		44.68

Quelle: Bundesamt für Statistik, Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1991 - 2040, Bern 1992 (zusätzliche Auswertung)

1990 stellten die über 50jährigen 41 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Im Jahre 2040 werden es vermutlich 55 Prozent sein. Allein die über 70jährigen werden ein Viertel des Elektorats ausmachen. Wahrscheinlich werden auch die Amtsträger im Durchschnitt älter sein als heute. Und die politischen Parteien werden wohl dort ihre Stimmenfangnetze auswerfen, wo am meisten Stimmen zu holen sind: unter den älteren Stimmberechtigten. Daraus wird sich eine verstärkte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Älteren in der Politik ergeben.

Auf der andern Seite werden die relativ weniger jüngeren Bürgerinnen und Bürger voraussichtlich mehr Lohnprozentuale Abgaben leisten sowie mehr Steuer-, Erziehungs-, Militärdienst-, Zivildienst- und Feuerwehrpflichten erfüllen müssen.

5 Weltweite demographische Entwicklung

Die demographische Herausforderung, die sich für die Schweiz national stellt, ist fast belanglos, wenn man sie an der weltweiten Bevölkerungsentwicklung misst. Das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt hält ungebremsst an, die Bevölkerung in den Industrieländern stagniert, das Wohlstandsgefälle nimmt zu. 1960 lebten 14 Prozent der Weltbevölkerung in Europa; 1990 waren es noch 9,4 Prozent. Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung betrug 1990 acht Prozent; im Jahre 2020 wird er voraussichtlich noch vier Prozent ausmachen.

Heute gibt es etwa 5,5 Milliarden Menschen auf der Erde; im Jahr 2025 werden es voraussichtlich 9,7 Milliarden sein. Täglich wächst die Weltbevölkerung um 250'000. Der Bevölkerungszuwachs von mehr als 4 Milliarden wird zur Hauptsache in den ärmeren Ländern stattfinden. Im Jahr 2025 werden beispielsweise in Afrika ein Drittel aller Menschen weniger als 15 Jahre alt sein und nur etwa vier Prozent über 65 Jahre. Wird es zu einem Sturm vom armen Süden auf den reichen Norden kommen? Schon heute wollen nach neuesten Schätzungen 80 bis 100 Millionen Menschen aus wirtschaftlichen Gründen die Dritte Welt verlassen.¹⁷

6 Aussagekraft von Prognosen

Die Annahmen, die Prognosen zugrundeliegen, können sich als falsch erweisen. Es trifft zu, dass man oft frühere Prognosen korrigieren musste.¹⁸ Je nach politischer und wirtschaftlicher Lage kann sich zum Beispiel der Trend bei der Geburtenhäufigkeit ändern. Die Zuwanderung ist schwierig vorauszusagen.

¹⁷ Neue Zürcher Zeitung, 20. Juli 1993, S. 25.

¹⁸ In diesem Zusammenhang wird regelmässig auf eine (angebliche?) Bevölkerungsprognose des St. Galler Professors F. Kneschaurek hingewiesen, welche besagt haben soll, dass die Schweiz bis Ende des 20. Jahrhunderts 10 Millionen Einwohner zähle. Gestützt auf diese Prognose sollen in etlichen Gemeinden viel zu grosse Wohnzonen ausgeschieden worden sein.

Dennoch stellen die Prognosen das beste heute verfügbare Wissen dar. Die durchschnittliche Lebenserwartung ist relativ gut zu prognostizieren. Und jene Personen, die im Jahre 2040 in Rente gehen, leben heute schon und sind bereits im stimmfähigen Alter!

Prognosen können sich auch selbst zerstören. Weil man eine unerwünschte Entwicklung voraussieht, beginnt man zu handeln, die Voraussetzungen ändern, und die unerwünschten Folgen treten nicht ein. Das ist ja genau ein Zweck der Erstellung von Prognosen.

7 Fragen nach den Konsequenzen

Gehen wir einmal davon aus, dass sich die Prognosen im wesentlichen als richtig erweisen. Dann stellen sich verschiedene, z.T. brisante Fragen nach den Konsequenzen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Ich werfe diese Fragen für die beiden Politikbereiche Sozialversicherungen sowie Abstimmungen und Wahlen auf und diskutiere dann in einem nächsten Schritt mögliche Massnahmen.

Die schweizerische Volkswirtschaft - die Erwerbstätigen und die Unternehmungen - wird die Aufwendungen für die Sozialversicherungen decken müssen, auf der Finanzierungsseite in Form von Steuern und Abgaben und auf der Verwendungsseite in Form von Gütern und Dienstleistungen. Würden die zusätzlichen Sozialversicherungsausgaben über Lohnprozente finanziert, so müssten allein zur Wahrung des Besitzstandes der gegenwärtigen Renten die lohnprozentualen Beiträge um rund 50 Prozent erhöht werden. Dies würde den Produktionsfaktor Arbeit verteuern. Auch wenn die Finanzierung durch andere Abgaben oder durch Steuern erfolgt: auf jeden Fall wird das verfügbare Einkommen der Erwerbstätigen geschmälert, und wegen der konsumtiven Verwendung der Sozialversicherungsleistungen stünden diese Mittel nicht für investive Zwecke zur Verfügung. Die zusätzlichen Mittel, die für die Sozialversicherungen aufgewendet werden müssen, verschwinden aber nicht, sie werden umverteilt und fliessen in den wirtschaftlichen Kreislauf zurück. Es ist für die Volkswirtschaft wichtig, die Konsumnachfrage der älteren Menschen zu erhalten. Der Markt wird vermehrt auf die Bedürfnisse der wachsenden Zahl älterer Konsumenten Rücksicht nehmen (sofern diese über Kaufkraft verfügen). Mit Sicherheit müssen die ambulanten sozialpflegerischen Dienste ausgebaut werden. Wie sich jetzt schon abzeichnet, wird die Zahl der

Plätze in Altersheimen und ähnlichen Institutionen weiter zunehmen müssen. Von Ende 1988 bis 1993 hat in der Schweiz die Zahl der Betten für Betagte um 10,1 Prozent und der in diesem Sozialbereich Beschäftigten um 15,4 Prozent zugenommen.¹⁹

Der "aktiven" erwerbstätigen Bevölkerung wird in Zukunft ohne Zweifel eine grosse intergenerative Solidaritätsleistung abverlangt. Wird es zu Verteilungskämpfen zwischen den Generationen kommen?²⁰ Werden die Jüngeren ihrer Steuerlast und den Sozialabgaben durch ein Abtauchen in die Schattenwirtschaft ausweichen und so die Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen untergraben? Die Rentnerinnen und Rentner des kommenden Jahrtausends werden zu Recht ihre Ansprüche auf Sozialversicherungsleistung geltend machen, da sie ja selbst über Jahrzehnte Beiträge einbezahlt und damit intergenerative Solidarität geübt haben.

Welche Konsequenzen werden die Veränderungen in der altersmässigen Zusammensetzung des Elektorats auf den Ausgang von Abstimmungen und Wahlen haben? Werden die zahlreicheren älteren Stimmbürger ihre Forderungen an der Urne durchsetzen und die jüngeren Stimmbürger regelmässig überstimmen?²¹ Was für Auswirkungen hätte dies für das Verhältnis zwischen den Generationen? Brauchen wir, um die Generationenkonflikte bei Abstimmungen und Wahlen beizulegen, dereinst eine Art Minderheitenschutz für die jüngeren Stimmbürger? Das sind alles hochbrisante Fragen.

¹⁹ Zeitschrift der Krankenkasse Helvetia 2/1994, 32.

²⁰ "Es wird erbarmungslose Verteilungskämpfe geben", prophezeite der Augsburger Altersforscher Konrad Hummel. Vgl. Der Spiegel 31/1989, S. 45.

²¹ "Wahlen werden künftig von Senioren entschieden", wird im Spiegel-Report "Kampf der Generationen" für die BRD vorausgesagt (Der Spiegel 31/1989, 44).

8 Mögliche Massnahmen

8.1 Sozialversicherungspolitik

Mögliche Massnahmen können auf der Finanzierungs- oder der Leistungsseite ansetzen. Auf der Finanzierungsseite kann man versuchen, neue Finanzierungsquellen zu erschliessen bzw. bestehende reichlicher fliessen zu lassen, nämlich durch Vergrösserung des Kreises der Beitragszahler oder durch eine Steigerung der Realeinkommen. Auf der Leistungsseite bestehen die Optionen, den Kreis der Begünstigten zu verkleinern oder die Leistungen zu kürzen. Diese Massnahmen möchte ich im folgenden diskutieren.

Finanzierungsseite

Neue Finanzierungsquellen

Bei der lohnprozentualen Finanzierung gibt es politische und ökonomische Reizschwellen, die nicht überschritten werden können, ohne massive Widerstände hervorzurufen bzw. Ausweichverhalten zu provozieren.²² Beiträge, aber auch Leistungen, dürfen in Zukunft nicht mehr allein an die Erwerbsarbeit gekoppelt werden. Es müssen neue Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. Ein erster Schritt wurde bereits getan. Mit der Mehrwertsteuerlage, die in der Volksabstimmung vom 28. November 1993 gutgeheissen worden ist, wurde dem Bund die Kompetenz eingeräumt, im Bedarfsfall die Mehrwertsteuer zu erhöhen und zur Finanzierung der AHV heranzuziehen. Eine weitere Option wäre eine Energiesteuer, deren Erträge zumindest teilweise in die Sozialversicherungen fliessen würden. Berücksichtigt man, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung in den vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz ungleicher geworden ist, so ist auch eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen in Betracht zu ziehen.

Ich denke, man sollte in Zukunft nicht nur mehr Solidarität zwischen Alt und Jung üben, sondern auch mehr Solidarität unter den Älteren selbst, nämlich unter

²² Eine absolute Reizschwelle lässt sich freilich nicht angeben. Zusätzliche Belastungen werden wohl dann hingenommen, wenn die Realeinkommen gleichwohl wachsen und die Akzeptanz des Gesamtsystems intakt bleibt.

wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen älteren Personen²³. Es stimmt, dass unter den Armen der Schweiz ältere Menschen sind. Mit unserem Sozialversicherungssystem sollte gezielt diesen Aermsten geholfen werden. Man muss jedoch sehen, dass die Vermögensverteilung unter den Rentnerinnen und Rentner sehr ungleich ist, ungleicher als unter den Erwerbstätigen. Es gibt eine grosse Gruppe, welche über ein beträchtliches Vermögen verfügt. Ein Transfer von wirtschaftlich schwachen Erwerbstätigen zu wirtschaftlich starken älteren Nichterwerbstätigen macht wenig Sinn. Der Transfer sollte schwergewichtig zwischen den wirtschaftlichen Leistungsfähigen und den wirtschaftlich Schwachen stattfinden, ungeachtet dessen, ob sie alt oder jung, erwerbstätig oder nichterwerbstätig sind.

Ueberhaupt wird es gelten, die Kenntnisse und Fähigkeiten der älteren Generation in Zukunft besser zu nutzen. Generell stimmt weder die Gleichung "alt = arm" noch die Gleichung "alt = unproduktiv". Es gibt unter den Rentnern viele gut Situierte und viele, die bei guter Gesundheit sind. Künftige Rentnergenerationen werden beim Eintritt ins Rentenalter keineswegs "verbraucht" sein.

Mehr Beitragszahler

Wie wir gesehen haben, wird gemäss dem Szenario "Stabilisierung" die Zahl der Erwerbstätigen ab dem Jahre 2010 zurückgehen. Damit verkleinert sich die Zahl der Beitragszahler. Der Kreis der Beitragszahler könnte durch folgende Massnahmen vergrössert werden: a) Steigerung der Fruchtbarkeit, b) Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, c) verstärkte Zuwanderung von Ausländern im erwerbsfähigen Alter, d) Heraufsetzung des Rentenalters. Diese Massnahmen sollen kurz diskutiert werden.

Wie erwähnt worden ist, stellt die tiefe Geburtenrate eine Hauptursache der unausgewogenen demographischen Entwicklung dar. Ein Ansatz zur Lösung des Problems liegt deshalb in der Familienpolitik. Ziel wäre es, mit einer Fertilitätsrate von 210 Kindern pro 100 Frauen die Schweizer Bevölkerung längerfristig ungefähr konstant zu halten. Hinsichtlich einer Vergrösserung der Zahl der Beitragszahler

²³ Eine Möglichkeit wäre ein duales Alterssicherungssystem, wie es Marco Caluori vorschlägt (in Füglistaler 1994, 39 ff.). Es bestünde aus einer einkommensunabhängigen, beitragsfinanzierten Versicherungsrente und einer einkommensabhängigen, durch eine negative Einkommenssteuer für AltersrentnerInnen finanzierten Zusatzrente.

würde eine höhere Geburtenrate freilich erst mit einer Verzögerung von 20 bis 30 Jahren wirksam werden.

Eine eigentliche "Bevölkerungspolitik" widerspäche unseren Wertvorstellungen. Der Staat hat im Schlafzimmer nichts zu suchen, sagt man zu Recht. Jede Frau und jedes Paar sollen selbst entscheiden können, ob sie Kinder haben wollen und wieviele. Staat und Gesellschaft können aber das Umfeld verbessern. So ist jede Politik auch Bevölkerungspolitik.²⁴ Heute gilt, vereinfacht gesagt: die Kosten für Kinder sind privatisiert, die Kosten für Altersrenten verstaatlicht. "Dieser Umstand gilt als ein wesentlicher Grund dafür, dass es in den hochentwickelten Ländern so wenig Kinder gibt."²⁵

Zu Recht wollen sich Frauen heute auch beruflich verwirklichen. Der Kinderwunsch steht damit oft in Konflikt. Wenn die Mutterschaft gefördert werden soll, dann muss das Umfeld für erwerbstätige Frauen verbessert werden, damit Berufsarbeit und Kindererziehung kombiniert werden können. Die Einführung einer Mutterschaftsversicherung gehörte auch dazu. Die Arbeitgeber sind gefordert, was die Schaffung geeigneter Arbeitsbedingungen angeht, etwa durch flexible Arbeitszeitgestaltung. Es sollten mehr Teilzeitarbeitsstellen²⁶ auch für höhere berufliche Positionen geschaffen werden. Weitere Erfordernisse sind die gleichmässige Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeit zwischen den (Ehe-)Partnern sowie ein Ausbau der familienexternen Kinderbetreuung.

Mit solchen Massnahmen würde man gleichzeitig die Erwerbsquote der Frauen erhöhen und damit den Kreis der Beitragszahler vergrössern. In der Tat hat die Erwerbsquote der Frauen in der Schweiz noch nicht den Stand in den skandinavischen Staaten erreicht. Eine sukzessive Erhöhung der Frauenerwerbsquote dergestalt, dass sich die globale Erwerbsquote von 47,9 Prozent 1994 auf 52 Prozent im Jahre 2010 erhöhen würde, brächte in der Tat eine spürbare Erleichte-

²⁴ Vgl. Butler (1992, 193).

²⁵ Butler (1992, 143).

²⁶ 1990 arbeiteten 673'000 Personen in der Schweiz Teilzeit.

rung bei den Sozialausgaben in Prozent des BIP. Im Jahr 2034 betrügen sie 30 Prozent anstelle von 33,1 Prozent beim Basisszenario.²⁷

Wäre eine verstärkte Zuwanderung von Ausländern im erwerbsfähigen Alter²⁸ das Patentrezept zur Ausweitung des Kreises der Beitragszahler? Kurzfristig und dosiert ja, langfristig und unbegrenzt aber wohl kaum. Auch die Ausländer sind ja dem Alterungsprozess unterworfen. Die Altersstruktur der heute in der Schweiz lebenden AusländerInnen ist aber ausgeglichener als jene der Schweizer. Sie sind im Durchschnitt jünger, und sie haben mehr Kinder. Vermehrte Bürgerrechtswechsel von hier geborenen Ausländern hätten zwar keinen Einfluss auf den Kreis der Beitragszahler, würden aber das Elektorat verjüngen.

Ab dem Jahr 2000 werden jährlich 120 bis 200'000 Ausländer in die Schweiz einwandern müssen, wenn die Zahl der Erwerbstätigen stabil gehalten werden soll. Es ist daran zu denken, dass jährlich 70 bis 100'000 Ausländer die Schweiz verlassen werden.

Ein kleines Land wie die Schweiz kann die weltweite Bevölkerungsentwicklung nicht beeinflussen. Als hochentwickeltes und reiches Land ~~werden~~ wird es vermehrt internationale Solidarität üben müssen, um einen Ansturm der vielen Armen auf die relativ wenigen Reichen zu verhindern. Aus globaler Perspektive mag es absurd erscheinen, im eigenen Staat die Fruchtbarkeit zu fördern, anstatt mitzuhelfen, die Ueberpopulation in der Dritten Welt durch offene Grenzen zu lindern. Wohl hat die Schweiz in den vergangenen hundert Jahren bewiesen, dass sie eine beträchtliche Anzahl Ausländer aufnehmen kann, ohne ihre Identität und Eigenheit als kleines Volk zu verlieren. Gleichwohl dürfte eine unbeschränkte Zuwanderung von Menschen aus anderen Kontinenten für einen Kleinstaat kaum eine realistische Option sein.

²⁷ 1990 waren 221'000 Schweizer Frauen mehr erwerbstätig als 1980. 43,6 Prozent aller Schweizer Frauen arbeiteten 1990 Teilzeit (1980 waren es 35,1 Prozent).

²⁸ Die EU-Staaten werden vor ähnlichen Problemen stehen. Die Bevölkerungszahl der 12 EU-Staaten wird voraussichtlich von 344 Millionen auf 304 Millionen im Jahre 2040 sinken. Sie könnten ihre Bevölkerungsprobleme lösen, indem sie die Türkei als Mitglied aufnahmen und damit die Grenzen öffnen würden. Die dortige Bevölkerung wird von rund 56 auf 90 Millionen im Jahre 2025 ansteigen (Butler 1992, 189 f.). Besonders betroffen wird die BRD sein. Prognosen sagen, dass die Bevölkerung von 81 auf 70 Millionen im Jahre 2030 zurückgehen wird. - Für die USA hingegen wird wegen hoher Fertilitätsrate und Einwanderung ein Bevölkerungszuwachs erwartet.

Eine Heraufsetzung des Rentenalters würde den Kreis der Beitragszahler erhöhen und gleichzeitig den Kreis der Leistungsempfänger vermindern. Die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen von 62 auf 65 allein würde aber keine substantielle Entlastung bringen.

Schliesslich würde die Beseitigung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zu fast 200'000 zusätzlichen Beitragszahlern führen und gleichzeitig Leistungen der Arbeitslosenversicherung von nunmehr 6 Milliarden Franken einsparen.

Reales Wachstum der Löhne

Das Basisszenario von Wechsler/Savioz geht, wie erwähnt, von einer Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität von jährlich 1,6 Prozent aus.²⁹ Entsprechend stiegen auch das Lohnvolumen und die Beitragszahlungen. Das setzt voraus, dass die Zunahme der Arbeitsproduktivität in Form von Lohnerhöhungen an die Erwerbstätigen weitergegeben wird. Erfolgen keine realen Lohnerhöhungen, so verschärfen sich die Finanzierungsprobleme bei den Sozialversicherungen. Fallen sie höher aus als angenommen, bedeutet das eine Entspannung.

Wenn der wirtschaftliche Kuchen grösser wird, können sowohl die Mehrleistungen für die Sozialversicherungen erbracht wie auch ein bescheidener Wohlstandszuwachs für die Erwerbstätigen erzielt werden. Bleibt der Kuchen gleich gross oder schrumpft er gar, wird es Verteilungskämpfe geben.

Eine Wirtschaft, die vermehrt Leistungen für Nichterwerbstätige erbringen soll, muss Produkte herstellen und Dienstleistungen erbringen, die sich im verschärften internationalen Wettbewerb behaupten können. Allein schon deshalb muss Arbeitsproduktivität weiter erhöht, d.h. mit weniger Arbeitskräften gleich viel oder gar mehr produziert werden. Das wiederum ist nur möglich, wenn die Schweiz in der Bildung wie in der Forschung und Entwicklung international an der Spitze mithalten kann. Hier zu sparen wäre langfristig verhängnisvoll.

²⁹ Das BIP stieg im Zeitraum von 1994 - 2010 um jährlich 1,9 und im Zeitraum von 2012 um jährlich 1,4 Prozent. Die höhere Zuwachsrate im ersten Zeitraum ergibt sich aus der höheren Zahl der Erwerbstätigen (Wechsler/Savioz 1993, 119).

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität steht jedoch in Konflikt mit dem Ziel der Ausweitung des Kreises der Beitragszahler, denn Produktivitätsfortschritt bedeutet oft auch Arbeitsplatzabbau. Ausserdem stellt sich die Frage, ob die Risiko- und Innovationsbereitschaft einer im Durchschnitt älteren Gesellschaft abnehmen und sich damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verschlechtern wird.

Leistungsseite

Wie bereits ausgeführt, würde eine Heraufsetzung des Rentenalters gleichzeitig das Leistungsvolumen reduzieren und den Kreis der Beitragszahler erhöhen.

Das Basisszenario geht davon aus, dass das bestehende System des "Misch-indexes"³⁰ weitergeführt wird. Demnach würden die Renten jährlich real um ein Prozent erhöht. Ferner rechnet das Szenario mit einer medizinisch-technischen Mengenausweitung. Würde man die Renten nur noch der Teuerung anpassen, ergäbe sich eine Minderbelastung. In Diskussion ist auch, stärker als bisher auf individuelle Altersvorsorge zu setzen. Ein Leistungsabbau bei den Renten wird indessen wegen des zunehmenden Gewichts der älteren Stimmbürgerschaft politisch kaum durchsetzbar sein. Gewiss wird es aber auch in Zukunft Forderungen nach Leistungserhöhungen und nach einem Ausbau der Sozialversicherungen geben, so nach Einführung einer Mutterschaftsversicherung und einer obligatorischen Krankentaggeldversicherung.

Steht genügend erspartes Kapital zur Verfügung, könnten vorübergehend Güter und Dienstleistungen aus dem Ausland erworben werden. Eine Dauerlösung wäre dies aber nicht, weil das Kapital schrumpfen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gefährdet würde.

³⁰ Das arithmetische Mittel aus der Lohn- und der Preissteigerung ergibt die Anpassung der AHV-Renten.

8.2 Minderheitenschutz für Jüngere?

Falls wegen eines homogenen Stimmverhaltens die älteren Generationen bei Verteilungskonflikten die jüngeren Generationen an der Urne regelmässig überstimmen würden, ergäben sich tiefgreifende Generationenkonflikte. Es wäre dann zu überlegen, ob vorübergehend eine Art Minderheitenschutz für Jüngere eingeführt werden müsste. Dieser könnte nach dem Vorbild bestehender Schutzvorkehrungen für sprachliche, konfessionelle, territoriale und geschlechtliche Minderheiten ausgestaltet sein.³¹

Ferner könnte man durch vermehrte Einbürgerungen von Ausländern das Durchschnittsalter des Elektorats herabsetzen. In der BRD ist das sog. Elternstimmrecht in Diskussion. Demnach können Eltern für ihre minderjährigen Kinder zusätzliche Stimmen abgeben.

Alle institutionellen Massnahmen zugunsten der Jüngeren wären aber ohne Zustimmung der älteren Generationen - die ja dereinst in der Mehrheit sein werden - nicht durchsetzbar.

Die von mir entwickelte Option, den jüngeren durch eine altersmässige Gewichtung der Stimmen bei Abstimmungen Wahlen mehr Einfluss zu verschaffen, hat im Sommer 1993 in der deutschschweizerischen Oeffentlichkeit hitzige Diskussionen ausgelöst. Dabei wurde die Debatte leider ohne Bezug auf die Voraussetzung, das Vorhandensein schwerwiegender Generationenkonflikte, die in Abstimmungsergebnissen ihren Niederschlag fänden, geführt.

Ein Abweichen vom fundamentalen Prinzip "Ein Mensch - eine Stimme" käme nur als letzter Ausweg in Frage. Es müsste eine Situation eintreten, wo man es gegen andere wichtige Prinzipien abwägen müsste, zum Beispiel den sozialen und politischen Frieden in unserem Land, ja die Existenz der Schweiz überhaupt.

Es ist beizufügen, dass das Prinzip "Ein Mensch - eine Stimme" auch heute nicht unbeschränkt gilt: Es gibt in der Schweiz knapp 7 Millionen Einwohner, aber nur 4,5 Millionen Stimmberechtigte. Zuwenig bewusst ist uns ferner, dass in der Schweiz

³¹ Einige Ideen habe ich in meinem Aufsatz "Demographische Struktur und Volksabstimmungen" (in Füglistaler [1994, 13 ff]) entwickelt.

die Stimmgewichtung auf kollektiver Ebene etwas Gängiges ist. Beim Ständemehr hat ein Innerrhödler das 38fache Gewicht eines Zürchers. Im Ständerat haben alle Kantone, ungeachtet ihrer Grösse, das gleiche Gewicht. Mit dem Verhältnisswahlrecht werden die Wahlchancen der kleinen Parteien gegenüber den grossen verbessert. In der Schweiz werden den Tessinern und den Westschweizern Quoten im Bundesrat und in anderen Bundesbehörden zugestanden. Zunehmend werden die Frauen durch Quotenregelung bevorzugt. Der Unterschied der bestehenden Stimmgewichtung zur altersmässigen Gewichtung besteht nur darin, dass diese neue Gewichtung vor der Stimmabgabe erfolgt, während bisherige Methoden die Stimmen erst nach der Stimmabgabe bei der Auszählung und der Ermittlung des Ergebnisses gewichten. Ganz allgemein gilt die Gleichheit der Stimmen bei Wahlen nur in bezug auf die Zählwertgleichheit: jede Stimme zählt bei der Abgabe gleich viel. In bezug auf den Erfolg einer Stimme - bei der Umsetzung von Stimmen in Mandate - bestehen, abhängig vom Wahlrecht, Ungleichheiten.

Die Mehrheit bestimmt - die Minderheit fügt sich! Das ist, zumindest für die Schweiz, ein recht verkürztes Demokratieverständnis. Demokratie heisst auch Rücksichtnahme auf Minderheiten. Und die Eidgenossenschaft würde nicht existieren, wenn es nicht ein Prinzip des Staatsverständnisses gewesen wäre, auf Minderheiten Rücksicht zu nehmen und sie nicht einfach zu überfahren. Ob wir dereinst eine Art Minderheitenschutz für Jüngere brauchen, kann nicht gesagt werden. Es muss aber zumindest ein entsprechendes Szenario durchgedacht werden, gerade um den Weiterbestand des Staatswesens zu sichern.

8.3 Bewusstseinsbildung

Ich möchte hier noch eine grundlegende Massnahme erwähnen, die alle Politikbereiche betrifft: die Bewusstseinsbildung. Die heutigen und kommenden jüngeren Generationen werden in einer Gesellschaft leben, in der es sehr viel mehr ältere Menschen gibt. Es ist wichtig, schon heute und morgen das gegenseitige Verständnis zwischen den Generationen zu fördern. Den Jüngeren ist begreiflich zu machen, dass sie ihre Ausbildung und ihren Wohlstand zum Teil den älteren Generationen verdanken. Es muss darauf hingearbeitet werden, dass die Jüngeren die intergenerative Solidarität als etwas Notwendiges und Richtiges betrachten, auf die sie nach einigen Jahrzehnten auch einmal angewiesen sein werden. Die älteren Generationen sollten ihr wachsendes Stimmgewicht weise einsetzen und den

jüngeren keinen Umfang an Lasten zumuten, welche sie nicht selbst einst für ältere Generationen getragen haben, und ihnen eine Umwelt hinterlassen, welche die Zukunft nicht verbaut. Es darf keine Diktatur der Gegenwart über die Zukunft geben.

9 Ausblick

Es liegt mir fern, mit meinen Ausführungen Panik auszulösen. Von einem Horror-szenario sind wir weit entfernt. Ich bin auch kein Prophet. Es kann so kommen, wie beschrieben, es muss aber nicht. Es können Ereignisse eintreten, an die heute noch niemand denkt. Andere westeuropäische Staaten stehen vor den gleichen Problemen. Weil es sich um ein Problem handelt, das in der Menschheitsgeschichte zum erstenmal auftritt, gibt es keine Lösungen, die sich aus der Erfahrung ableiten lassen.

Verantwortungslos wäre es aber, die Probleme, die auf uns zukommen können, einfach unbeachtet zu lassen und erst einmal abzuwarten.³² Wir sollten mögliche Konflikte früh erkennen, gerade um zu verhindern, dass sie je eintreten. Wir sollten die Herausforderung annehmen - und nicht verdrängen.

Die Schweiz hat schon schwierigere Probleme bewältigt - denken wir an die Weltkriege oder die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren -, und ich bin zuversichtlich, dass wir die demographiebedingte Herausforderung meistern werden. Bedenken wir, dass eine Zahl von 400'000 Arbeitslosen mehr Kosten verursacht, als eine Alterslastquote von 45 Prozent. Dank des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums hat die Schweiz bislang mehr Rentner und höhere Rentenleistungen ohne weiteres verkraftet. Das Bevölkerungswachstum wird in den kommenden Jahrzehnten wohl wegfallen, aber das ist, von der Qualität des Lebens und der Umwelt her gesehen, eher vorteilhaft.

³² "Da die Auswirkungen jedoch nicht abrupt und deutlich erkennbar eintreten werden, sondern vielmehr auf vielen Gebieten und im Einzelfalle kaum spürbar, besteht die Gefahr, dass sich die Bevölkerung im Gefühl eines vermeintlich gesicherten Wohlstandes in ihr Schicksal ergibt und dabei nicht merkt, wie gerade diesem Wohlstand langsam aber sicher die Basis entzogen wird." (Buttler 1992, 238).

LITERATURVERZEICHNIS

BUTTNER, GÜNTER, Der gefährdete Wohlstand. Deutschlands Wirtschaft braucht die Einwanderer, Frankfurt a.M. 1992

FÜGLISTALER, PETER (Hg.), Hilfe - die Schweiz schrumpft! Zürich 1994

HAUG, WERNER, Abschied vom Bevölkerungswachstum? Szenarien zur Zukunft der schweizerischen Bevölkerung, 1991 - 2040, in: Volkswirtschaft 10/1992, S. 10 - 17

HAUG, WERNER, (Bundesamt für Statistik), Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 1991 - 2040, Bern 1992

SCHWEIZERISCHE BANKGESELLSCHAFT, Soziale Sicherung in der Schweiz. Finanzielle Perspektiven und Szenarien bis 2040, Zürich 1993

STATISTISCHES JAHRBUCH DER SCHWEIZ, Diverse Jahrgänge

WECHSLER, MARTIN / SAVIOZ, MARCEL, Soziale Sicherheit nach 2000. Finanzielle Perspektiven und Szenarien für die Schweiz, Chur/Zürich 1993

Nr./Jahr	Verfasser/Titel	Überarbeitet im Druck erschienen:
209/1993	Jürg Martin Gabriel UNO-Friedenssicherung - Neueste Entwicklungen in Theorie und Praxis 17 S.	
210/1993	Alois Riklin Giannotti, Michelangelo und der Tyrannenmord 54 S.	
211/1993	Marcel Müller Bartolus de Sassoferrato - Civitatis Jurista 35 S.	
212/1993	Alois Riklin La neutralité suisse face au défi européen 11 S.	
213/1993	Robert Diethelm Schweizerische Blauhelmtruppen aus nationaler und internationaler Sicht 24 S.	
214/1994	Evelyn Piazza Einsätze der Bundeswehr im Ausland 25 S.	
215/1994	Alois Riklin Bischofswahlen in der Schweiz 10 S.	
216/1994	Alois Riklin/Silvano Möckli Nichtmilitärische Bedrohung und Verteidigung im Urteil der Schweizerinnen und Schweizer 19 S.	
217/1994	Walter Förderer/Alois Riklin Kunst und Politik	
218/1994	Robert Diethelm Eine erste Bilanz der Umsetzung der Agenda for Peace 26 S.	
219/1994	Silvano Möckli Direkte Demokratie in den USA	
220/1994	Jürg Martin Gabriel Schweizer Neutralität 1945-1990 33 S.	
221/1994	Jürg Martin Gabriel Neutralität für den Notfall 47 S.	
222/1994	Silvano Möckli Die demographische Herausforderung 25 S.	

Preise:

bis 20 Seiten	Fr. 10.--
bis 30 Seiten	Fr. 15.--
bis 40 Seiten	Fr. 20.--
über 50 Seiten	Fr. 25.--